Die ukrainische Botschaft hat am 2. Februar eine Stellungnahme veröffentlicht, in welcher sie erklärt, ohne Zustimmung Kiews dürfte das ZDF (und andere deutsche Medien) nicht aus von Russland kontrollierten Gebieten im Donbass berichten. Am selben Tag griff auch das Außenministerium in Kiew das ZDF an und erklärte, dieses würde keinen Journalismus betreiben, sondern die Realität verzerren. Hintergrund war eine erstmalig sachlich-neutrale Berichterstattung des ZDF von der anderen Seite der Front – aus der von Russland kontrollierten Stadt Mariupol in der Oblast Donezk. Die *NachDenkSeiten* fragten die Bundesregierung, wie diese die Einmischung eines fremden Staates in die Programmgestaltung und Berichterstattung eines öffentlich-rechtlichen deutschen Senders bewertet. Von **Florian Warweg**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/240109_Versuchte_Einmischung_Kiews_in_Berichterstattung_des_ZDF_Was_sagt_die_Bundesregierung_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Hintergrund

Am 29. Januar hatte das ZDF eine Doppelschalte mit ihrem Moskau-Korrespondenten Armin Coerper aus der russisch kontrollierten Frontstadt Mariupol und der Ukraine-Korrespondentin Anne Brühl aus Odessa ausgestrahlt. Darin schildert Coerper, sachlich und reflektiert, seine Eindrücke aus Mariupol.

Gleich eingangs erklärte er:

> „Es ist wichtig, sich ein Bild vor Ort zu machen. Ich halte es persönlich für wichtig, dass man von einem Krieg von beiden Seiten berichtet, wenn das denn

> geht.“

Anschließend betont er auf Nachfrage, dass er und sein Team „völlig unabhängig“ nach Mariupol gereist seien und sich ebenso frei bewegen und Menschen dort befragen können. Ebenso berichtete er über „viel Wiederaufbau“, unter anderem „Schulen und ganze Wohnblöcke“ würden derzeit gebaut. Auch schildert er eine Begegnung mit Schauspielern eines Theaterensembles, die ihm erklärten, dass sie die letzten Jahre nicht auf Russisch spielen durften, das sei jetzt wieder möglich.

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Die „Slava-Ukraini“-Fraktion läuft wegen einer erfrischend objektiven Berichterstattung des ZDF-Korrespondenten Armin Coerper Sturm. Aus ihrer Sicht sei die Berichterstattung aus Mariupol Russland-Propaganda.
>
> Dabei merkt man eigentlich, dass der Korrespondent sehr vorsichtig… pic.twitter.com/Jz71KDGUXd
>
> — Manaf Hassan (@manaf12hassan) January 30, 2024

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

Doch auch wenn der *ZDF*-Korrespondent zwischendurch immer wieder explizit betont, dass es sich hierbei nur um subjektive Momentaufnahmen handle und dass er mit der Reportage nicht das „russische Besatzungsregime“ legitimieren will, war alleine der Versuch eines deutschen öffentlich-rechtlichen Senders, von beiden Seiten der Front zu berichten (etwas, was z.B. der französische ÖRR-Sender *France2* von Beginn an gemacht hat), zu viel für die ukrainische Botschaft in Deutschland und das Kiewer Außenministerium.

So veröffentlichte die ukrainische Botschaft am 2. Februar folgende Stellungnahme:

> „Der Besuch des Moskauer *ZDF*-Büroleiters im besetzten Mariupol ohne Zustimmung der Ukraine verstößt gegen ukrainisches Recht. Wir fordern ZDF auf, eine offizielle Stellungnahme abzugeben."

Zuvor hatte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums, Oleh Nikolenko, das *ZDF* verbal angegriffen und erklärt, der Sender betreibe keinen Journalismus, sondern verzerre die Realität. Zusätzlich drohte er mit Konsequenzen für die weitere Arbeit des *ZDF* in der Ukraine:

> „Die Realität zu verzerren, ist kein Journalismus. Darüber hinaus verstößt der Besuch des Moskauer ZDF-Büroleiters im besetzten Mariupol ohne die Zustimmung der Ukraine gegen ukrainisches Recht. Wir fordern ZDF auf, eine offizielle Erklärung abzugeben. Die Verletzung der ukrainischen Gesetze kann die weitere Arbeit der Medien in der Ukraine beeinträchtigen."

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> Sprecher des ukrainischen Außenministeriums @MFA_Ukraine:
>
> "Der Besuch des Moskauer @ZDF-Büroleiters im besetzten Mariupol ohne Zustimmung der Ukraine verstößt gegen ukrainisches Recht. Wir fordern @ZDF auf, eine offizielle Stellungnahme abzugeben". https://t.co/GAV37tr684
>
> — UKR Embassy in GER (@UKRinDEU) February 2, 2024

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

Eigentlich eine eklatante Einmischung eines fremden Landes in die Berichterstattung und Programmgestaltung eines öffentlich-rechtlichen deutschen Senders. Doch von Seiten der Bundesregierung gab es bisher keinerlei Kritik an diesem Kiewer Vorgehen und dem

versuchten Eingriff in die Pressefreiheit. Man braucht sich nur vorzustellen, wie die Reaktion des Auswärtigen Amtes ausgefallen wäre, wenn diese Art der Einmischung und Drohung nicht von ukrainischen, sondern russischen oder chinesischen Diplomaten ausgesprochen worden wäre.

Protokollauszug von der Bundespressekonferenz am 7. Februar 2024

Frage Warweg
Die ukrainische Botschaft hat am 2. Februar eine Stellungnahme veröffentlicht, in welcher sie erklärt, ohne Zustimmung Kiews dürfte das ZDF nicht aus von Russland kontrollierten Gebieten im Donbass berichten. Am selben Tag griff auch noch das Außenministerium in Kiew das ZDF an und erklärte, dieses würde keinen Journalismus betreiben, sondern die Realität verzerren. Da würde mich interessieren: Teilt die Bundesregierung diese Sichtweise der ukrainischen Regierung oder verwehrt sie sich gegen diese versuchte Einmischung in die Programmgestaltung des ZDF?

Deschauer (AA)
Die Bundesregierung sagt, dass es eine redaktionelle Entscheidung von Medien ist, die sie bezüglich ihrer Berichterstattung treffen.

Zusatzfrage Warweg
Aber meine Frage bezog sich ja darauf, dass sich die ukrainische Regierung hier recht weit aus dem Fenster gelehnt und gesagt hat, ohne Zustimmung Kiews dürfe das ZDF nicht aus dem Donbass berichten. Dazu hätte ich ganz gerne eine Einschätzung der Bundesregierung – gerne auch von Herrn Hebestreit.

Deschauer (AA)
Sie haben mir jetzt zwei Varianten zur Auswahl gegeben und ich habe Ihnen geantwortet, wie die Bundesregierung das sieht. Insofern ist das, glaube ich, beantwortet.

Titelbild: Screenshot NachDenkSeiten, Bundespressekonferenz 07.02.2024

Mehr zum Thema:

Verfolgung von Oppositionellen in der Ukraine: Maxim Goldarb und die Haltung der Bundesregierung

Bundesregierung bezweifelt UN-Zahlen zu Toten in Gaza und sieht „Vernichtungskrieg“ nur in der Ukraine

[Wieso ruft Bundesregierung bei Bergkarabach zu Friedensverhandlungen auf – nicht aber im Ukraine-Krieg?]

[Die Infantilisierung der deutschen Außenpolitik: Botschafterin in der Ukraine posiert mit „Kuschel-Leo“]

[Studie der Otto-Brenner-Stiftung zu Berichterstattung deutscher „Leitmedien“ über Ukraine-Krieg: Tendenziös, einseitig und oft „sehr einheitlich“]